



Wettbewerbsfähigkeit steigern, Standort- bedingungen verbessern!

Gemeinsame wirtschaftspolitische
Positionen des Maschinen- und
Anlagenbaus 2024



Inhalt

- 2** Der VDMA im Profil
- 3** Wettbewerbsfähigkeit steigern,
Standortbedingungen verbessern!
Vorwort VDMA-Präsident Karl Haeusgen
- 4** Internationale Wettbewerbsfähigkeit
- 6** Antrieb im Wandel
- 8** Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik
- 10** Außenwirtschaft und Freihandel
- 12** Digitalisierung
- 14** Europa
- 16** Fachkräftesicherung und Bildung
- 18** Forschung
- 20** Klima und Energie
- 22** Steuern
- 24** Technikpolitik, Umwelt und Nachhaltigkeit
- 26** Zukunftsfähiger Staat
- 28** Weitere Informationen

Der VDMA im Profil

Eine starke Interessenvertretung für eine starke Industrie

Der Maschinen- und Anlagenbau steht für Innovation, Exportorientierung, Mittelstand und beschäftigt rund drei Millionen Menschen in der EU, davon mehr als 1,2 Millionen allein in Deutschland. Mit einer Wertschöpfung von rund 280 Milliarden Euro (2022) steuert der Maschinen- und Anlagenbau den höchsten Anteil des Verarbeitenden Gewerbes zum europäischen Bruttoinlandsprodukt der EU-27 bei. Mit Technik für Menschen liefert er Lösungen für die vor uns liegenden vielfältigen Herausforderungen.

Der VDMA vertritt rund 3.600 deutsche und europäische Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus und ist damit der bedeutendste Industrieverband in Europa. Als Plattform von 36 Fachverbänden des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister, von kommunizierenden Maschinen bis zu einer sich selbst organisierenden Logistik.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national sowie auf europäischer und internationaler Ebene für seine Mitglieder ein. Er vertritt die Interessen der Maschinenbauindustrie konstruktiv und ist dem gesamtwirtschaftlichen Fortschritt und dem Gemeinwohl in Europa verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich aus der Überzeugung ab, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte Grundlage sind für den von Innovationen und Investitionen getragenen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg. Es soll auch in Zukunft attraktiv sein, Unternehmerin und Unternehmer in Deutschland und Europa zu sein.



www.vdma.org

Wettbewerbsfähigkeit steigern, Standortbedingungen verbessern!



Die europäische und deutsche Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen wie Klimawandel, Umbau der Energieversorgung, Demographie und Digitalisierung. Und das alles bei knappen öffentlichen Mitteln. Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht es einen starken Maschinen- und Anlagenbau.

Unsere Zeit ist geprägt von Klimawandel, geopolitischen Verwerfungen und Kriegen. Viele wirtschaftspolitische Maßnahmen folgen daher dem Gebot der akuten Dringlichkeit und weniger der Nachhaltigkeit. Dass in Europa und Deutschland bisher so finanzstark reagiert werden konnte, liegt entscheidend daran, dass wir über eine industrielle Basis verfügen, die das Fundament für unseren Wohlstand und damit auch für staatliche Handlungsräume ist. Damit das auch künftig so bleibt, müssen wir jetzt wieder verstärkt die Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit angehen und unsere allgemeinen Standortbedingungen verbessern. Prioritätensetzung und Effizienz sind das Gebot der Stunde!

Die Forderungen sind nicht als starre Vorgaben zu verstehen, sondern als Anregungen für einen konstruktiven Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Sie sollen dazu beitragen, gemeinsame Lösungen zu finden, die den Interessen aller Beteiligten gerecht werden. Denn nur so kann die europäische und deutsche Wirtschaft ihre Stärken weiter ausbauen und ihre Schwächen überwinden. Nur gemeinsam können wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts erhöhen, um Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand und auch die Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens nachhaltig zu sichern.

Karl Haeusgen
VDMA-Präsident

Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Daten und Fakten

- Conference Board Measure of CEO Confidence™ für Europa 2023
 - 84 % der CEOs sehen schlechtere Wettbewerbsfähigkeit Europas
 - Komplexe, inkohärente Regulatorik, hohe Energiepreise und geopolitische Spannungen als größte Abwärtsrisiken
- Verschlechterung Deutschlands im Wettbewerbsfähigkeitsranking¹
 - Deutschland im Jahr 2023 auf Rang 22 von 64 untersuchten Ländern im IMD World Competitiveness Ranking
 - Abwärtstrend seit 2014 (Rang 6); 2023 7 Ränge schlechter als 2022
 - Besonders schlecht im Bereich Steuerpolitik (Rang 60)
- Dringlichkeit der Verbesserung der Standortfaktoren (Top 5)²: Bürokratiebelastung, Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, Energiepreise, Arbeitskosten, Steuerbelastung
- Bislang kaum Evidenz für Deindustrialisierung Deutschlands
 - Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes (VG) am BIP seit 30 Jahren konstant bei rund 20 %³
 - Anhaltend positiver Trend im Anteil von Mittel- und Hochtechnologie an Wertschöpfung des VG³
 - Starke Zunahme der Arbeitsproduktivität in Euro je Stunde im VG⁴
 - Zunehmendes Defizit zwischen zu- und abfließenden Direktinvestitionen als Warnzeichen⁵
- Schwache Entwicklung des Produktionspotenzials⁶
 - Rückgang des realen Potenzialwachstums von jährlich ca. 2 – 3 % von 1970 bis Anfang der 1990er Jahre über 1,4 % zwischen 1995 und 2018 auf durchschnittlich 0,6 % seit 2019
 - Dämpfende Effekte durch Verknappung des Arbeitsvolumens, alternden Kapitalstock und schwächeres Produktivitätswachstum
- International vergleichsweise geringe deutsche Investitionen in Digitalisierungstechnologien (IKT)³; verhaltene Anwendung von KI, wenig Investitionen in KI-Startups³

¹Quelle: International Institute for Management Development (IMD)

²Quelle: VDMA, 20. Blitzumfrage 27. Oktober 2023

³Quelle: OECD

⁴Quelle: Statistisches Bundesamt

⁵Quelle: IW Köln, 2023

⁶Quelle: SVR, Jahresgutachten 2023/24

VDMA-Position: Wettbewerbsfähigkeit steigern

Der Wirtschaftsstandort steht vor enormen, gleichzeitigen Herausforderungen: Klimaneutrale und digitale Transformation, Fachkräftesicherung sowie geopolitische Konflikte. Die letzten Jahre waren von kurzfristigem Krisenmanagement geprägt. Nun muss die Sicherung der langfristigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch strukturelle, breitenwirksame Reformen in den Fokus rücken.

- Bürokratie abbauen
 - Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
 - Entlastung bei Berichtspflichten, insb. für KMU
 - Regulatorik konsequent auf Praktikabilität und Konsistenz prüfen
- Steuersystem reformieren
 - Niedrigere Unternehmenssteuern und verbesserte Abschreibungsbedingungen
 - Entlastung des Faktors Arbeit
- Fachkräfte sichern
 - Vollständige Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials durch Bildung, Weiterbildung, Kinderbetreuung, verlängerte Wochen- und Lebensarbeitszeit und Anreizkompatibilität der sozialen Sicherung
 - Automatisierung zur Entlastung von Fachkräften nutzen
 - Zielgenaue, qualifikationsorientierte Fachkräftezuwanderung
- Infrastruktur ausbauen
 - Ausbau der digitalen Infrastruktur beschleunigen
 - Ausbau von Erneuerbaren Energien und Energieinfrastruktur
 - Verkehrsinfrastruktur modernisieren
- Freihandel ermöglichen
 - Freihandelsabkommen und internationale Partnerschaften zur Diversifizierung von Lieferketten einsetzen
 - Technologiesouveränität durch wechselseitige Abhängigkeiten
- Marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung stärken
 - Strukturwandel nicht blockieren; Markteintritte und -austritte sowie Jobwechsel ermöglichen
 - Schwarmintelligenz durch unternehmerische Freiheit nutzen
 - Private nicht aus Haftung und Verantwortung nehmen
 - Keine marktferne Dauersubventionierung

Antrieb im Wandel

Daten und Fakten

- Bestand an Elektrofahrzeugen nimmt 2022 weltweit stark zu¹
 - Zunahme um 10,8 Mio. auf 27,7 Mio. zu 2021
 - Neuzulassungen wachsen um 61 % zu 2021
- Entwicklung des Bestands an Elektrofahrzeugen in Deutschland²
 - ca. 50 % der Neuzulassungen 2022 mit alternativem Antrieb
 - 2022 wurden in Deutschland 470.559 Elektro-Pkw neu zugelassen (+32 % ggü. dem Vorjahr, 17,7 % Marktanteil)
 - Pkw-Bestand Deutschland 2023, Elektro-/Hybrid-Fahrzeuge

Elektro	1.013.009 (2,1 %)
Hybrid (alle Typen)	2.337.897 (4,8 %)
- Ab 2035 dürfen nur noch emissionsfreie Pkw und leichte Nutzfahrzeuge in der EU zugelassen werden³
- Als Zwischenschritt wird ab 2030 vorgesehen, dass CO₂-Emissionen von neuen PKW bis 2030 um 55 Prozent und von leichten Nutzfahrzeugen um 50 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken müssen⁴
- Marktpotenzial Recycling von Batteriezellen bis 2040⁵
 - 5,5 Mrd. € Marktvolumen
 - 3.800 neue Arbeitsplätze im Maschinen- und Anlagenbau
 - Rezyklate decken 15 – 40 % des Rohstoffbedarfs
- 97.500 (teil-)öffentliche Ladepunkte in Deutschland installiert⁶
- Transformation der Mobilität, Europa mit Führungsanspruch
 - Rund 75 % der 2040 weltweit verkauften Fahrzeuge rein elektrisch oder mit Brennstoffzelle⁷
 - Umsatzerwartung für Fahrzeugantriebe +41 Mrd. Euro mit neuen Technologien von 2022 bis 2040, aber -38 Mrd. Euro konventionelle Technologien in Europa⁷
 - Fertigung von Fahrzeugantrieben: -580.000 Jobs konventionelle, +420.000 Jobs neue Technologien, Investitionsvolumen 11,5 Mrd. Euro pro Jahr, Maschinenbau bleibt mit 55.000 Jobs konstant⁸

¹Quelle: ZSW

²Quelle: Kraftfahrtbundesamt

³Quelle: EU-Kommission

⁴Quelle: BMWK

⁵Quelle: Fraunhofer-ISI, IMPULS-Studie Batterierecycling

⁶Quelle: Bundesnetzagentur, 19 % Schnellladepunkte; Stand Oktober 2023

⁷Quelle: VDW, FEV, Market Update zur Studie Antrieb im Wandel III

⁸Quelle: FEV, Studie Antrieb im Wandel III

VDMA-Position: Technologieneutralität im Antrieb

Der Maschinen- und Anlagenbau ermöglicht die Mobilität von morgen und liefert schon heute richtungsweisende Innovationen: Beste Produktionstechnologien für konventionelle und elektrische Antriebe, für Stromspeicher sowie alternative Kraftstoffe im Zuge von Power-to-X. Im Bereich der mobilen Maschinen ist der Maschinenbau selbst Anwender innovativer Antriebstechnologien. Damit ist der Maschinenbau Vorreiter, Technologieträger und Gestalter einer nachhaltigen, zukünftigen Mobilität.

- Technologieauswahl ist keine staatliche Aufgabe; jenseits des Trends zur Elektrifizierung werden auch künftig abhängig vom Anwendungsfall andere Antriebsformen benötigt, auch und gerade bei mobilen Maschinen
- Effizienter Einsatz von Ressourcen und Investitionen auf dem Weg zur Klimaneutralität
- Erneuerbare Energie muss für alle Bereiche der Mobilität der Ausgangspunkt sein
- Umwelteinflüsse aller infrage kommenden Technologien müssen über den gesamten Lebenszyklus berücksichtigt werden
- Know-how entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Antriebsstrangs ausbauen – vom Rohstoffabbau über die Aufbereitung und Produktion bis hin zum Recycling
- Bevorzugt marktwirtschaftliche Anreize zum Aufbau einer tragfähigen Kreislaufwirtschaft insbesondere für Batterien, Motoren und elektronische Bauteile
- Bevorzugt marktwirtschaftliche Anreize zum Ausbau der Infrastruktur für elektrisches Laden und Wasserstoff
- Politik muss verlässlichen und transparenten, in der EU einheitlichen Rahmen setzen, der private Investitionen anreizt
- Vorwettbewerbliche Forschungsförderung erhöhen (Produktionsforschung, Antriebstechnik, Batterietechnik, Recycling)
- Transfer von Forschungsergebnissen aus Verbundprojekten in die Breite; insbesondere KMU sind ein wesentlicher Hebel, die Industrie beim beschleunigten Wandel zu unterstützen

Daten und Fakten

- Deutschland einer der teuersten EU-Maschinenbau-Standorte
 - Arbeitskosten pro Stunde (2022)¹ 48,80 €
- Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert (2020)²
 - Maschinenbau im Durchschnitt 28,7 %
 - Maschinenbau-Fachzweige von 18,2 % bis 37,4 %
- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Maschinenbau (2022)² 64.975 €
- Langzeitarbeitslose (%) der Erwerbsbevölkerung³

	2022	2010
– Deutschland	1,0 %	3,2 %
– EU (27)	2,4 %	4,0 %
- Hohe Bedeutung der Stammbelgenschaft im Maschinenbau (2022)²
 - Anteil der Normalarbeitnehmer 88,2 %
 - Anteil geringfügig Beschäftigter 1,3 %
- Zeitarbeit
 - Rund 90 % der Maschinenbauer nutzen Zeitarbeit⁴
 - Zeitarbeitsquote (2022)² 4,0 %
 - Seit 01.01.2018 Branchenzuschläge für die M+E Industrie, gestaffelt nach Einsatzzeit 15 bis 65 %
- Demografischer Wandel⁵

	2022	2005
– Anteil Erwerbstätige Mindestalter 55 Jahre	24,2 %	14,3 %
- Kurzarbeiter im Maschinenbau⁶
 - im Jahresdurchschnitt 2022 15.000
 - im Jahresdurchschnitt 2021 75.000
 - im Jahresdurchschnitt 2020 187.000
- Gemeldete offene Stellen (2022)⁶ 13.371
- Tarifbindung der VDMA-Mitgliedsunternehmen (2022)⁴
 - Ohne Tarifbindung 59 %
 - Mit Tarifbindung 41 %
 - Davon Flächentarifvertrag 75 %
 - Davon Haustarifvertrag 25 %

¹Quelle: Eurostat; teurer sind nur Dänemark (52,20 €) und Niederlande (50,30 €)

²Quelle: Statistisches Bundesamt

³Quelle: Eurostat

⁴Quelle: VDMA

⁵Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

⁶Quelle: Bundesagentur für Arbeit

VDMA-Position: Arbeitsmärkte modernisieren

Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und eine langfristige Arbeits- und Fachkräftesicherung benötigen Anpassungsfähigkeit, eine arbeits-teilige Wertschöpfung und einen flexiblen Arbeitsmarkt. Zudem er-fordert die Digitalisierung moderne Rahmenbedingungen. Pauschale gesetzliche Regelungen werden in Zukunft noch weniger die richtigen Antworten auf neue Herausforderungen sein können. Es bedarf mehr betrieblicher und individueller Spielräume.

- Ausweitung von Wochen- und Lebensarbeitszeit mit flexiblen Übergängen in die Rente
- Arbeitszeitgesetz anpassen – Ruhezeiten flexibilisieren, wöchentli-che statt tägliche Höchstarbeitszeit, Vertrauensarbeitszeit erhalten
- Hürden abbauen und Beschäftigung erleichtern
 - Lockerung bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Vorbeschäf-tigungsverbot abschaffen
 - Ausweitung der Überlassungshöchstdauer nach dem AÜG
 - Reform des Kündigungsschutzes mit einer optionalen Abfindung
- Home-Office, Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Jobsharing oder Weiterbildung – Ausgangspunkt müssen individuelle Lösungen sein
- Koalitionsfreiheit – kein (un-)mittelbarer Zwang zur Tarifbindung
- Werk- und Dienstverträge als Grundlage für arbeitsteilige Innovationsnetzwerke fördern
- Keine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung
- Legalisierung betrieblicher Bündnisse für Arbeit
- Weiterentwicklung der M+E Flächentarifverträge
 - Größere betriebliche Gestaltungsspielräume
 - Reduzierung auf echte Mindestbedingungen
 - Stärkere Tarifspreizung im Niedriglohnbereich
- Reform der Rentenversicherung
 - Stabilisierung der gesetzlichen Rente zu einer Grundsicherung
 - Renteneintrittsalter flexibilisieren, Subsidiaritätsprinzip stärken
 - Ermutigung zu Eigenvorsorge und betrieblicher Altersversorgung
- Sozialleistungen an den Erfordernissen des Niedriglohnbereichs ausrichten; Beachtung des Lohnabstandsgebots

Daten und Fakten

- Ausgeprägte internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft

	2022	2005
– Exportanteil am BIP ¹	40,7 %	37,3 %
– Importanteil am BIP ¹	38,6 %	30,7 %
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im Ausland (2021)	rund 1.426 Mrd. €	
- Deutsches Exportvolumen insgesamt (2022) 1.577 Mrd. €
- Maschinenbau (2022)²:

– Exportvolumen	194 Mrd. €
– Exportquote ³	81,6 %
– Maschinenhandelsüberschuss (Export minus Import)	101,5 Mrd. €
– Welthandelsanteile (2022) ⁴	
China	18 %
Deutschland	14 %
USA	9 %
- Deutschland Weltmarktführer in 8 von 31 Fachzweigen des Maschinen- und Anlagenbaus, darunter Antriebstechnik, Landtechnik, Werkzeugmaschinen, Verfahrenstechnische Maschinen und Apparate
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im ausländischen Maschinenbau (2021) 46,5 Mrd. €
- De-Globalisierung schadet allen⁵

– BIP-Rückgang D/EU ohne D/Rest der Welt	6,9 %/ 4,9 %/ 1,5 %
– Produktionsrückgang Maschinenbau in D	19,5 %
- Exportkreditgarantien des Bundes (2022)⁶

– Summe (Exporte in 172 Länder)	14,9 Mrd. €
– Neu gedeckte Ausfuhrsgeschäfte mit Kreditlaufzeiten von 1 – 5 Jahren (insb. Small Tickets)	700 Mio. €
– Jahresergebnis Euler Hermes	413 Mio. €

¹Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Werte

²Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA

³Export in Prozent der Produktion

⁴Quelle: Nationale Statistikämter, VDMA; Anteil des Maschinenbaus am Maschinenexport der wichtigsten Lieferländer

⁵Quelle: IfW, IMPULS-Studie Lieferketten nach Corona

⁶Quelle: Euler Hermes, BMWK

VDMA-Position: Freihandel stärken

Wachstum und Beschäftigung basieren auf offenen Märkten und Freihandel. Das Auslandsengagement des Maschinen- und Anlagenbaus sichert Wohlstand im In- und Ausland. Politik und Gesellschaft müssen immer wieder die Vorteile des Freihandels und der Globalisierung verteidigen und deren Gefährdung durch den weltweit zunehmenden Protektionismus und politisch motivierte Restriktionen entgegenreten.

- Freihandel stärken und Protektionismus bekämpfen
 - Freihandelsabkommen mit MERCOSUR und Mexiko zügig ratifizieren, Verhandlungen mit Indien, Indonesien, Australien und Thailand abschließen und mit Malaysia aufnehmen
 - Freihandelsabkommen nicht mit umwelt- und sozialpolitischen Vorgaben und Zielen überfrachten; dialogbasierte Streitschlichtung anstatt Sanktionen („blame and shame“)
 - Gegen unfaire Handelspraktiken aus Drittstaaten im EU-Binnenmarkt konsequent vorgehen
- China-Strategie der Bundesregierung konkretisieren
 - Level-Playing-Field gegenüber China konsequenter einfordern
 - Balance zwischen offensiven und defensiven Maßnahmen
- Transatlantische Handelsbeziehungen ausbauen
 - Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungen abschließen
 - Anhaltenden Stahl- und Aluminiumstreit endgültig lösen
- Exportfinanzierung wettbewerbsfähig gestalten
 - Forfaitierungsgarantie für Small Tickets rasch realisieren
 - Klimapolitische Sektorleitlinien mit echten Anreizen versehen
 - Modernisierung des OECD-Konsensus umsetzen
- Extraterritoriale Sanktionen weltweit bekämpfen
 - Sicherstellung des Zahlungsverkehrs trotz Sanktionen
 - EU-Unternehmen vor Auswirkungen bestmöglich schützen
- Erleichterung von Arbeitseinsätzen in der EU
 - Meldevorschriften in den EU-Mitgliedstaaten vereinheitlichen, ausufernde Bürokratie deutlich reduzieren
 - Einheitliche eDeclaration in EU-Mitgliedstaaten umsetzen

Daten und Fakten

- Digitalisierungsindex (DESI)¹
 - Finnland (Platz 1) 89,5
 - Deutschland (Platz 7) 77,3
 - Frankreich (Platz 19) 63,5
 - EU-Durchschnitt 69,1
- Erwarteter 5G-Anteil an allen Mobilfunkverbindungen 2030²
 - Nordamerika (USA und Kanada) 91 %
 - Europa 87 %
 - China 88 %
 - Weltweit (Durchschnitt) 40 %
- Anteil der Glasfaserverbindungen an den gesamten stationären Breitbandanschlüssen³
 - Korea 88,0 %
 - OECD-Durchschnitt 37,7 %
 - USA 20,4 %
 - Deutschland 9,2 %
- Innerhalb der deutschen Wirtschaft weist der Maschinenbau einen überdurchschnittlich hohen Digitalisierungsgrad auf⁴
- Mangel an IT-Fachkräften wird als größtes Hindernis gesehen⁵
- 64 Prozent aller befragten Maschinenbauer (N=110) sehen einen mittleren bis sehr starken Einfluss auf das eigene Geschäftsmodell durch KI-basierte Produkte und Dienstleistungen⁶
 - Europaweit nutzen 47 % des Verarbeitenden Gewerbes mindestens eine KI-Technologie⁷
 - Die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal stellt Deutschland (76 %) im EU-Vergleich (57 %) vor besondere Herausforderungen⁷

¹Quelle: EU-Kommission 2023, KMU, die zumindest ein Grundmaß an digitaler Nutzung aufweisen, Anteil der Unternehmen in %

²Quelle: GSMA 2023, The Mobile Economy 2023, Anteile je Region

³Quelle: OECD Breitbandstatistik 2022

⁴Quelle: IW 2022; Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland; Elektrotechnik und Maschinenbau mit 142,7 (Ø 105,1)

⁵Quelle: VDMA-Studie: Führung u. Innovation in Zeiten der Digitalisierung, 2018

⁶Quelle: VDMA-Report Künstliche Intelligenz im Maschinenbau, 2020

⁷Quelle: European enterprise survey on the use of technologies based on artificial intelligence, 2020

VDMA-Position: Digitalisierung vorantreiben

Digitalisierung schafft Potenziale für intelligente Produktion und neue Geschäftsmodelle. Im Schulterschluss mit Gesellschaft und Politik können wachsende Anforderungen an Forschung, Ausbildung und Qualifizierung, Normen und Standards, Rechts- und Datensicherheit erfüllt und die digitale Souveränität gestärkt werden. Europa kann sich als Leitmarkt und -anbieter positionieren.

- Digitalisierung europäisch, besser noch global denken
- Einheitliche innovations- und industriefreundliche Rahmenbedingungen im EU-Binnenmarkt u. a. für Datenwirtschaft, KI und drahtlose Kommunikation schaffen
- Aufbau und Etablierung eines föderativen Datenökosystems für das produzierende Gewerbe („Manufacturing-X“)
- Sicherstellung der europäischen Versorgung mit Halbleiterbauelementen, die für die Industrie benötigt werden; insbesondere höhere Strukturgrößen der Chips
- Weiterbildung und Neuqualifizierung für Digital Skills fördern
- Digitales Immunsystem: Security sicherstellen und erhalten
 - Europaweit einheitliche Umsetzung der Regulierung NIS2
 - Entbürokratisierung von Meldepflichten für KMU
 - Weltweite Harmonisierung von technischen Anforderungen wie z. B. Software Bill of Material (SBOM) oder Cloud
 - Cyberresilienz und Cyberabwehr für KMU aktiv fördern und stärken
- Nutzung maschinenbezogener Daten absichern; DSGVO anpassen
- Forschung zur Digitalisierung der Industrie stärken
 - Transfer durch breitenwirksame Innovationsplattformen und grenzüberschreitende Testumgebungen
- Digitale Infrastruktur (z. B. 5G) flächendeckend und leistungsstark für die Industrie ausbauen und sicherstellen
- Effizienten Datenzugriff und Nutzung von offenen und neutralen Standards (z. B. OPC UA) fördern und auch europaweit stärken
- Normen und Standards sind der Schlüssel zur Umsetzung
 - Erfolgreiches Zusammenspiel von konsensbasierter Normung und konsortialer Standardisierung stärken
 - Existierende Normen und Standards auf Praxistauglichkeit prüfen und überzogene Standardisierung vermeiden

Daten und Fakten

- Deutscher Anteil am Maschinenbau-Umsatz der EU 27¹ 41 %
- Deutsche Maschinenbau-Exporte in die EU 27² 85,9 Mrd. €
 - Frankreich 13,1 Mrd. €
 - Italien 9,7 Mrd. €
 - Niederlande 8,7 Mrd. €
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im Maschinenbau der EU 27³ 13,8 Mrd. €
- EU-Reportingpflichten zu Sustainability – Mittelstand enorm betroffen
 - Europäische Unternehmen mittlerweile 6-mal so häufig von CSRD betroffen (statt ca. 6.000 nun 35.000)
 - in Deutschland 30-mal mehr Unternehmen von der CSRD im Vergleich zur NFRD betroffen (statt ca. 550 nun 15.000)
- Staatsverschuldung von EU-Ländern (2022/2023 Schätzung)⁴
 - Europäische Union (27) 84,8 % / 83,1 %
 - Deutschland 66,1 % / 64,8 %
 - Italien 141,7 % / 139,8 %
- Rückläufige Inflation im Euroraum (2023/2024/2025 Schätzungen, Veränderungen HICP)⁴
 - Euroraum (20) 5,6 % / 3,2 % / 2,2 %
 - Deutschland 6,1 % / 3,2 % / 2,2 %
- Europäischer Maschinenbau (EU 27) als Garant für Wohlstand⁵
 - Bruttowertschöpfung (2022) 280 Mrd. €
 - Beschäftigte ca. 3 Mio.
 - Anteil der KMU 97 %
 - Maschinenabsatz im Binnenmarkt (2022)¹ ca. 720 Mrd. €
- Bürokratiekosten für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau durch EU-Entsende- und Durchsetzungsrichtlinie (205.000 Entsendungen pro Jahr)⁶ 31 Mio. €

¹ 2021; Quelle: Eurostat, VDMA-Schätzung

² 2022; Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA

³ 2021; Quelle: Deutsche Bundesbank

⁴ Anteil am BIP; Quelle: Herbstprognose 2023 Europäische Kommission

⁵ Quelle: Eurostat, Schätzungen, Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

⁶ Quelle: VDMA

VDMA-Position: Europas industrielle Basis stärken

Die EU ist als Heimatmarkt, Wertegemeinschaft und globaler Player für den Maschinenbau von sehr großer Bedeutung. Die EU-Wahlen und die Ernennung einer neuen EU-Kommission bieten die Chance einer Neuorientierung der EU-Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie wieder in den Mittelpunkt stellt.

- Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit zur EU-politischen Priorität machen
 - Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie verbessern
 - Abbau regulatorischer Hindernisse, Öffnung globaler Märkte und Vollendung des Binnenmarkts müssen Topprioritäten werden
 - EU-Rechtsrahmen konsolidieren, Widersprüche und Unklarheiten beseitigen
 - Neue Regulierung nur, wenn Bedarf durch die EU-Kommission nachgewiesen wird und Gesetzesfolgeanalyse unverhältnismäßige Belastungen ausschließt
 - Detailregulierung vermeiden, Raum für Innovationen lassen
- Potenzial des EU-Binnenmarkts voll ausschöpfen
 - Politische Initiative zum Abbau von Hindernissen im Binnenmarkt starten
 - Entsendung von Mitarbeitern in Europa erleichtern
 - Beihilferecht nicht weiter aushöhlen; innereuropäische Subventionswettläufe vermeiden
- Europäische Resilienz stärken
 - Freihandel als Bestandteil einer Resilienzstrategie erleichtern
 - Förderung von „strategischen Industrien“ nur in eng begrenzten Ausnahmefeldern zulassen
- Europa krisenfest und handlungsfähig machen
 - Einstimmigkeitserfordernis abschaffen
 - Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definieren, nach dem Subsidiaritätsprinzip neu ordnen und adäquat finanzieren
 - Verteidigungspolitik, innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik europäisieren; Arbeitsmarkt/Sozialpolitik national regeln
- Keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken ohne politische Union mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene

Fachkräftesicherung und Bildung

Daten und Fakten

- Maschinenbau ist einer der größten Arbeitgeber für IngenieurInnen
 - Insgesamt ca. 181.000, davon 11 % weiblich¹
 - Anteil der IngenieurInnen an den Beschäftigten im Maschinenbau insgesamt¹ 16 %
- Hohe Studienabbruchquoten in ingenieurwissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen an deutschen Universitäten (Hochschulen für angewandte Wissenschaften)²
 - Maschinenbau 33 % (32 %)
 - Elektrotechnik 44 % (44 %)
 - Informatik 42 % (30 %)
- Überdurchschnittliches Engagement des Maschinenbaus in der dualen Ausbildung
 - Ausbildungsquote Maschinenbau (2022)³ 5,3 %
 - Anteil Ausbildungsbetriebe Maschinenbau (2022)³ 37,0 %
 - Unternehmen, die in den kommenden Monaten mehr technische Ausbildungsplätze anbieten wollen⁴ 51 %
 - Durchschnittlicher Anteil übernommene Auszubildende⁴ 91 %
- Engpässe bei Fachkräftegewinnung
 - Vakanzzeit (Tage)⁵: Maschinenbau und Betriebstechnik (170), MINT-Berufe (180), Informatik (143)
- Ungenutzte Fachkräftepotenziale im In- und Ausland
 - SchulabgängerInnen ohne Abschluss (2022)⁶ 7 %
 - Rund 240.000 Jugendliche in Maßnahmen zwischen Schule und Berufsausbildung⁶
 - 376.000 ausländische Studierende in Deutschland
 - Anteil ausländischer Studierender in den Ingenieurwissenschaften im Wintersemester 2022/2023⁶ 24,2 %
 - Anteil der Unternehmen, die neue Mitarbeiter durch Fachkräfteeinwanderungsgesetz gewinnen konnten⁷ 16 %

¹Quelle: VDMA Ingenieur-Erhebung 2022

²Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2020

³Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des BIBB, 31.12.

⁴Quelle: VDMA Umfragen 2023

⁵Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2022

⁶Quelle: Statistisches Bundesamt

⁷Quelle: VDMA Umfrage September 2023, weitere 10 % gaben „weiß nicht“ an

VDMA-Position: Fachkräfte sichern und qualifizieren

Qualifizierte Mitarbeitende sind Erfolgsgaranten für Unternehmen. Laut VDMA-Umfragen stellt der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel aktuell das größte Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit dar. Er droht schon jetzt zur Wachstumsbremse zu werden. Es müssen mehr Menschen aus dem In- und Ausland für technische Berufe, Studiengänge und Weiterbildung begeistert und gewonnen werden. Automatisierung macht Fachkräfte nicht überflüssig, sondern leistet einen wichtigen Beitrag zur Linderung des Arbeitskräftemangels.

- Allgemeine schulische Bildung
 - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
 - Schulfach Technik einführen, IKT-Kompetenzen und Berufsorientierung stärken
- Berufliche Bildung
 - Duale Ausbildung stärken, Facharbeit wertschätzen
 - Bürokratie abbauen – Schulen mehr Entscheidungsfreiheit einräumen
 - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen
- Studium
 - Qualität der Lehre verbessern, Abbruchquoten ohne Qualitätsverlust reduzieren
 - IKT-Kompetenzen (z. B. KI, Industrie 4.0) steigern
 - Praxisbezug stärken: Duales Studium fördern
- Weiterbildung
 - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
 - Kompetenzen zu IKT und neuen Antriebstechniken vermitteln
 - Berufsschullehrkräfte und AusbilderInnen weiterqualifizieren
- Inländische Beschäftigungspotenziale
 - Mehr junge Leute zum Schulabschluss führen
 - Mehr Ganztags- und Betreuungsangebote
 - Qualifizierte ältere Mitarbeitende länger beschäftigen
- Ausländische Potenziale
 - Attraktivität des Beschäftigungsstandorts Deutschlands erhöhen
 - Bürokratie bei der Fachkräfteeinwanderung abbauen; Zeitarbeit für die Vermittlung zulassen

Daten und Fakten

- Unternehmensanteil an den gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland¹ 67,5 %
- Interne Aufwendungen der deutschen Wirtschaft für FuE 2022¹ (Anteil Maschinenbau) 82 Mrd. € (9,2 %)
- Zuwachs des FuE-Personals im Maschinenbau zwischen 2014 und 2021¹ 18,2 %
- Eigenfinanzierungsanteil der gesamten FuE-Aufwendungen im Maschinenbau 2021¹ (Staatsanteil) 97,3 % (2,6 %)
- Hohe Innovationskraft und technische Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus
 - Innovation ist Forschung, Entwicklung und Konstruktion: 56 % der IngenieurInnen arbeiten in diesem Bereich²
 - Innovationsaufwendungen des Maschinenbaus (2021)³ 17 Mrd. € (6,1 % vom Umsatz)
 - Anteil Unternehmen mit Innovationen (2021)³ 71 %
 - Branchenumsatz mit Produktneuheiten (2021)³ 18 %
- 72 % der VDMA-Mitglieder sind von Produkt- oder Markenpiraterie betroffen. Der geschätzte Schaden für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau beträgt 6,4 Mrd. Euro jährlich⁴
- Rund 600 vertraglich gebundene Forschungsprojekte in Betreuung der VDMA-Forschungsvereinigungen⁵
- Länderanteile bei Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt (2022)⁶
 - Deutschland 20 %
 - USA 17 %
 - Japan 14 %
- Forschungszulage im Maschinenbau⁷
 - 85 % der Unternehmen führen zusätzliche FuE-Aktivitäten durch
 - 48 % der Unternehmen stellen FuE-Personal neu ein

¹Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

²Quelle: VDMA Ingenieurerhebung 2022

³Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

⁴Quelle: VDMA Studie Produktpiraterie 2022

⁵Quelle: VDMA Schätzung

⁶Quelle: Europäisches Patentamt

⁷Quelle: ZEW, VDMA 2022

VDMA-Position: Mit Forschungsförderung Zukunft sichern

Forschung und Innovation sind für die Zukunft des Industriestandorts Europa unverzichtbar. Nur so können Wertschöpfung und Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Der Maschinen- und Anlagenbau ermöglicht Lösungen für die globalen Aufgaben unserer Zeit. Hierfür brauchen die Unternehmen innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören eine themenoffene und breitenwirksame Forschungsförderung, ebenso wie die Sicherung der Fachkräftebasis für Forschung und Innovation.

- Überlappungen und Dopplungen bei Förderinstrumenten vermeiden – besseres Zusammenspiel der Instrumente statt Förderdschungel
- Praxistaugliche Umsetzung, Bewerbung und Ausweitung („Entdeckelung“) der steuerlichen Forschungsförderung
- Zukunftsfeste Weiterentwicklung und nachhaltiger finanzieller Ausbau auf 300 Mio. Euro der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF)
- Zugang von Midrange Companies zu Fördermaßnahmen in Deutschland und der EU verbessern, Industrie stärker in die Programmplanung und Prioritätensetzung einbinden
- Deutsches Engagement in der Entwicklung des kommenden 10. EU-Forschungsrahmenprogramms stärken
- Unternehmensfreundliche Gestaltung der europäischen Förderinstrumente, vor allem durch zügige, schlanke Antragsverfahren und passende Themensetzung
- Anpassung der Förderverfahren an die heutigen Anforderungen von agilen und verkürzten FuE-Prozessen durch themenoffene und beschleunigte Ausschreibungen
- Effizienter Ergebnistransfer, der allen Unternehmen Zugang zu neuem Wissen verschafft; Verbände sind als Multiplikator dafür Erfolgsgaranten
- Stärkung der gewerblichen Schutzrechte durch verbesserte administrative und juristische Rahmenbedingungen (Personal-ausstattung, Geschwindigkeit der Verfahren etc.), Bekämpfung von Produktpiraterie und Wirtschaftsspionage

Daten und Fakten

- Anteil Kosten durch Energieverbrauch am Bruttoproduktionswert in Deutschland (2020)¹
 - Maschinenbau 0,9 %
 - Kraftwagen und Kraftwagenteile 0,6 %
 - Herstellung von Chemischen Erzeugnissen 3,3 %
- Anteile der Energieträger an der Bruttostromerzeugung (549 TWh; -19 TWh ggü. Vj.) in Deutschland (2022)²
 - Windenergie 22 %
 - Braunkohle 20 %
 - Erdgas 14 %
 - Photovoltaik 11 %
 - Steinkohle 11 %
 - Biomasse 8 %
 - Kernenergie 6 %
 - Wasserkraft 3 %
 - Sonstige³ 4 %
- Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung in Deutschland (2022)² 44 % (+9 Prozentpunkte ggü. Vj.)
- Strompreise/Gaspreise (kW/h) für die Industrie, 1. Halbjahr 2023⁴
 - Finnland 0,11 € / 0,14 €
 - Deutschland 0,27 € / 0,09 €
 - Italien 0,28 € / 0,1 €
 - Frankreich 0,3 € / 0,1 €
- Emissionspreise (tCO₂e)⁵
 - Finnland (CO₂-Steuer) 77 € (Verkehr)/53 € (sonst. fossile)
 - Frankreich (CO₂-Steuer) 45 €
 - Deutschland (ETS) 30 €
- Mit modernsten Klimaschutztechnologien aus dem Maschinenbau können bis zu 86 % der weltweiten Emissionen vermieden werden⁶

¹Quelle: Statistisches Bundesamt

²Quelle: AGEB

³Geothermie, Hausmüll, Pumpspeicher, Industrieabfall, Mineralöl

⁴Quelle: Eurostat, monatliche Bruttostromkosten von Industrieunternehmen mit 500 – 2.000 MWh Jahresverbrauch

⁵Quelle: Weltbank

⁶BCG&VDMA "For Machinery Makers, Green Tech Creates Green Business", 2020

VDMA-Position: „Energiekrise“ zur Chance der Transformation machen

Nachhaltig veränderte Kostenstrukturen sind ein klares Signal, die Transformation weg von fossilen Energieträgern zu beschleunigen. Der Maschinenbau ist auf einem ambitionierten Zielpfad, als Lösungsanbieter ebenso wie als Verbraucher. Die globale CO₂-Bepreisung ist und bleibt das effizienteste Leitinstrument zur Erreichung der Klimaziele, auch wenn derzeit ein „Klima-Club“ in weiter Ferne ist und die Politik hier eine Antwort finden muss.

- Von der Stromwende zur Energiewende – technologie-neutral, energieeffizient, sektorübergreifend und digital
 - Kriseninstrumente von mittelfristigen Zielen trennen
 - Energieeffizienz ist zentraler Bestandteil der Energiewende
 - Energiemarktdesign für Transformation und Versorgungssicherheit reformieren
 - Externe Kosten nach dem Verursacherprinzip internalisieren
 - Mehr Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Wettbewerbsfähigkeit des Maschinenbaus ausbauen durch Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz im Heimatmarkt Europa; neue Lösungen müssen dennoch eine Weltmarktperspektive haben
- EU muss sich in den UN-Klimaschutzverhandlungen für einen seriösen, wirkungsvollen Verrechnungsmechanismus für weltweite Emissionsminderungen einsetzen
- EU-Energiesteuerrichtlinien- und Emissionshandelsreform umfassend evaluieren und zügig umsetzen; Übergang des nationalen Brennstoffemissionshandels in den EU-ETSII für Wärme und Verkehr kurzfristig gestalten
- Entlastung von Energiekosten durch Senkung der Energiesteuer und Reform der Netzentgelte dauerhaft vorantreiben
- Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigen
- Energiewendetechnologien als strategisch bedeutsam einstufen; Rohstoffversorgung sicherstellen, Wertschöpfungsketten stabilisieren
- Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei Investitionen

Daten und Fakten

	2023 ¹	2008	1998
• Staatsquote ²	48,3 %	43,7 %	48,3 %
• Abgabenquote ²	39,7 %	39,6 %	42,3 %
• Steuerquote ²	23,7 %	24,3 %	23,1 %
• Schuldenstandsquote ²	64,4 %	65,9 %	59,4 %
• Zinssteuerquote ³	3,7 %	11,3 %	15,5 %
• Die Nettoumsatzrendite (Jahresergebnis in % der Gesamtleistung) lag 2021 im Maschinenbau bei 4,5 % ⁴			
• Gewerbesteuer ⁵			
– Investitionsfeindliche Besteuerung der Unternehmenssubstanz			
– Weniger als 10 % der Unternehmen tragen über 90 % des Gewerbesteueraufkommens			
• Einkommensteuer: Hauptlast liegt auf wenigen Schultern ⁵ Bei Einkünften ab 100.325 € tragen 10 % der Steuerpflichtigen ca. 57 % vom Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer			
• Ertragsteuerbelastung einer Kapitalgesellschaft im Jahr 2022 ⁶			
– Deutschland			29,8 %
– OECD-Durchschnitt			23,6 %
• Veränderung der nominalen Steuersätze von 2008 bis 2022 ⁷			
– Deutschland			0,4 %
– Italien			-3,6 %
– Frankreich			-8,6 %
– Großbritannien			-9,0 %
– Japan			-9,8 %
– USA			-13,4 %
• Deutliche Beschleunigung der Abschreibung hat viele Vorteile: ⁸			
– Positive Effekte auf Investitionen, Beschäftigung, Lohnsumme, Konsum privater Haushalte und BIP			
– Führt auf lange Sicht zu einem größeren Steueraufkommen			

¹Prognosen Sachverständigenrat bzw. Finanzplanung (Schuldenstand)

²Quelle: Sachverständigenrat; im Verhältnis zum BIP in jeweiligen Preisen

³Quelle: Sachverständigenrat, Zinsen im Verhältnis zum Steueraufkommen

⁴Quelle: Deutsche Bundesbank, vorläufige Werte

⁵Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen

⁶Quelle: OECD

⁷Quelle: IW

⁸Quelle: ifo Institut

VDMA-Position: Wettbewerbsfähigkeit sichern

Nur mit einer starken, international wettbewerbsfähigen Industrie wird Deutschland den Weg in eine klimafreundlichere Zukunft meistern. Dazu muss die Steuerbelastung auf ein international übliches Niveau abgesenkt sowie das Unternehmenssteuerrecht modernisiert und entbürokratisiert werden. Steuererhöhungen sind generell und erst recht in Krisenzeiten der falsche Weg!

- Wachstum durch Innovations- und Investitionsanreize stärken
 - Dauerhafte Beibehaltung der degressiven Abschreibung
 - Verstetigung der Investitionsprämie für Klimaschutzinvestitionen; Erweiterung auf digitale Innovationsgüter
 - Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung auf Sachkosten; Entdeckung der förderfähigen Aufwendungen
- Leistungsfähigkeit zeitnah wiederherstellen durch deutliche Ausweitung der Rücktragsfrist für steuerliche Verluste und dauerhafte Entschärfung der Mindestbesteuerung
- Keine verteilungspolitisch motivierte Substanzbesteuerung (Vermögen, Erbschaften); Einnahmen durch Wachstum generieren
- Senkung der Ertragsteuerbelastung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von max. 25 % unter anderem durch
 - Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags
 - Grundlegende Reform der Gewerbesteuer; Abzug der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe/Anrechnung und Rückführung ertragsunabhängiger Hinzurechnungen
 - Senkung des Thesaurierungssatzes des § 34a EStG und mittelstandsfreundliche Ausgestaltung
- Modernisierung des Unternehmensteuerrechts
 - Abbau der Steuerbürokratie durch mehr Digitalisierung und Pauschalierung
 - Bürokratiearme und praxistaugliche Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung (Pillar II)
 - Mehr Transparenz bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen und Ausrichtung an der Freistellungsmethode
 - Marktgerechte Verzinsung von Pensionsrückstellungen

Daten und Fakten

- Binnenmarkt
 - Über 30 Vorschriften zur CE-Kennzeichnung sind die Basis für den Erfolg des Binnenmarkts durch einheitliche Anforderungen
 - Marktüberwachung weiter stärken: 2.142 validierte Meldungen unsicherer Produkte im Jahr 2021 (RAPEX)
 - 9 von 10 Unternehmen sehen IT-Security als Top-Thema¹
 - Über 800 Normen reflektieren den Stand der Technik
- Beseitigung technischer Handelshemmnisse
 - Jede Lieferung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ist betroffen
 - Marktvolumen von 106 Mrd. €^{1,2} allein in Deutschland
- Umwelttechnik²
 - Umweltschutzbezogene Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe (2021): 70,4 Mrd. €, darunter Maschinenbau 21,4 Mrd. €; Größter Posten Klimaschutz: Verarbeitendes Gewerbe 22,7 Mrd. €, Maschinenbau 5,9 Mrd. €
 - Anstieg der Einheiten mit umweltschutzbezogenen Umsätzen um 8 % von 8.449 (2020) auf 9.125 (2021)
 - 341.211 Beschäftigte arbeiteten 2021 für den Umweltschutz, darunter 22 % im Maschinenbau
- Regelsetzung
 - 17 länderspezifische Chemikalienregulierungen weltweit (2022)
 - 19 länderspezifische Regelungen zu Stoffbeschränkungen in Elektrogeräten (2022)³
 - 235 besonders besorgniserregende Stoffe auf der SVHC-Kandidatenliste, Tendenz steigend⁴
 - Zunahme nationaler Registrierungspflichten (Batterien, Elektrogeräte, Verpackungen, usw.) und nicht-finanzieller Reportingpflichten (CSR-D, EU-Taxonomie)
 - Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz (LkSG und EU Vorschlag CS3D)

¹Quelle: VDMA

²Quelle: Statistisches Bundesamt

³Quelle: Europäisches Parlament

⁴Quelle: ECHA

VDMA-Position: Regelwerke vereinheitlichen – Qualität hoch halten

Der Maschinenbau ist ein wichtiger Baustein zur Gestaltung der Zukunft: Nachhaltige Produkte und Digitalisierung gewinnen weiterhin an Bedeutung. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, dürfen Firmen nicht mit Bürokratie überfordert werden und brauchen verlässliche harmonisierte Regelwerke mit einer starken Marktüberwachung. Deshalb ist es wichtig, Regulierungen unter Einbezug betroffener Stakeholder transparent, sorgfältig, differenziert, abgestimmt und konsistent zu erarbeiten.

- Einheitliche horizontale Grundlage für den digitalen Produktpass, die Pässe aber produktspezifisch implementieren
- Marktüberwachung weiter stärken: Mehr Vollzug für einen wirksamen Beitrag zur Sicherheit und zum fairen Wettbewerb; keine ersatzweise Dritt Zertifizierung
- Europäische und internationale Normen als Basis für globale Marktzugangsbedingungen
 - Innovationsfördernde Normeninhalte
 - Digitalen Produktpass über harmonisierte Normen produktspezifisch gestalten
- Entlastung mittelständischer Unternehmen für mehr Innovationskraft
 - Risikobasierten Ansatz für Stoffregulierungen (REACH) beibehalten; kein pauschales Verbot für PFAS
 - „Material Compliance“: Vereinheitlichung der weltweit wachsenden Vorgaben; administrativ praktikable Instrumente für das Reporting entlang der Lieferketten
 - Augenmaß bei der Schaffung zusätzlicher Dokumentations- und Berichtspflichten (z. B. CSRD, Ökodesign-VO, Digitaler Produktpass)
 - Datensammlungen nur mit nachweislichem Nutzen
 - Dritt Zertifizierung von Daten im Digitalen Produktpass hinterfragen
 - EU-Sorgfaltspflichtengesetz auf direkte Zulieferer begrenzen und ein internationales Level-Playing-Field schaffen
 - Nachhaltige EU-Produktinitiative, bei der Unternehmen für Kreislaufinnovationen belohnt werden

Daten und Fakten

- Starke Selektivität der steigenden Finanzhilfen des Bundes¹
 - Subventionsvolumen 2023 (geschätzt) 362 Mrd. Euro
 - Seit 2014 sind Finanzhilfen des Bundes auf Expansionskurs
 - Über 39 % aller Finanzhilfen an den Unternehmenssektor begünstigen bestimmte Sektoren oder Branchen
 - 79 % dieser sektorspezifischen Subventionen entfallen auf nur drei Sektoren², 63 % allein auf den Verkehr
 - 40 % der Finanzhilfen sind branchenübergreifend; zuletzt starker Anstieg durch gestiegene Umweltsubventionen im Rahmen des Zukunftspakets der Bundesregierung
 - Umweltpolitische Finanzhilfen mit 34,9 Mrd. Euro erstmals höher als Verkehrssubventionen (26,2 Mrd. Euro)
- Bürokratiekosten der Wirtschaft
 - Bürokratiekostenindex (Sept. 2023, Basis 2012 = 100)³ 95,8
 - Belastungsbarometerindex (2023, Basis 2012 = 100)³ 95,0
 - Erhöhung des lfd. Erfüllungsaufwands 2022/23⁴ 9,3 Mrd.€
- Staatsquote (2023)⁵ 48,3 %
- Umverteiler Staat⁶
 - Sozialleistungen pro Kopf (2022) ca. 14.000 €
 - Sozialleistungsquote vom BIP (2022) 30,5 %
- Staatsverschuldung (2023)⁷ rund 2,41 Bio. € (66 % BIP)
 - Bund rund 1,67 Bio. € (+3,0 %)
 - Länder rund 598 Mrd. € (-1,5 %)
 - Gemeinden/Gemeindeverbände rund 150 Mrd. € (+6,4 %)
 - Zinsausgaben in Relation zu den Steuern (2023)⁷ 3,7 %
 - Anteil öffentl. Bruttoanlageinvestitionen am BIP (2022)⁸ 2,6 % (100,8 Mrd. €)

¹Quelle: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Subventionen in Abgrenzung des Instituts

²Land- und Forstwirtschaft/Fischerei, Verkehr, Wohnungsvermietung

³Quelle: Bundesregierung, Statistisches Bundesamt

⁴Quelle: Normenkontrollrat

⁵Quelle: Sachverständigenrat, Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

⁶Quelle: BMAS, Statistisches Bundesamt, geschätzte Werte

⁷Quelle: Sachverständigenrat, Statistisches Bundesamt, Stand 30.06.2023, Veränderungen zum 31.12.2022

⁸Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Werte

VDMA-Position: Marktkräften vertrauen

Der Staat muss seine Kompetenzen, aber auch deren Grenzen kennen. Gute Wirtschaftspolitik setzt auf die Gestaltung günstiger allgemeiner Rahmenbedingungen und ein wachstumsfreundliches Umfeld, in dem Unternehmen eigenverantwortlich um die besten Lösungen wettstreiten. EU, Bund, Länder und Kommunen müssen effizient wirtschaften.

- Ordnungspolitischen Rahmen setzen statt vertikaler Industriepolitik
 - Staat soll Regeln setzen und Schiedsrichter sein
 - Technologieneutraler Wettbewerb um Innovationen
 - Mittelstand als Rückgrat der Industrie stärken
 - Exitstrategien für staatliche Beteiligungen von Beginn an
- Deutschland braucht einen Masterplan Subventionsabbau
 - Nachhaltige Rückführung ordnungspolitisch nicht begründbarer Subventionen, insbesondere klimaschädlicher Art
 - Subventionen (CAPEX und OPEX) nur in begründeten Ausnahmefällen, zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet, transparent, mit laufender Erfolgskontrolle, mit angemessenen Eigenanteilen
- Wachstumsbremsen lösen durch Bürokratieabbau und Belastungsmoratorium, E-Government und Unternehmens ID
- Ehrgeizige Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsdauern
- Staatsfinanzen auf tragfähige Grundlage stellen
 - Schuldenbremse verfassungskonform einhalten
 - Staatsquote perspektivisch auf max. 40 % des BIP deckeln
 - KfW-Auftrag nicht überdehnen
 - Anteil Sozialausgaben am BIP darf nicht weiter steigen
- Zukunftsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben
 - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
 - Substanzerhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Energie, Verkehrswege, Digitalisierung, Bildung)
- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit
- Wissenschaftliche Erfolgskontrolle von Politikmaßnahmen

Weitere Informationen

Die Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus sowie weitere ausführliche Positionspapiere finden Sie zum **Herunterladen** im Internet unter <https://vdma.org/wirtschaftspolitik-gesellschaftspolitik>

Der VDMA verfügt über ein breites Netzwerk von Repräsentanzen im In- und Ausland. Das VDMA-Hauptstadtbüro vertritt die **politischen Interessen** gegenüber der Bundespolitik in Berlin, das VDMA-Europabüro in Brüssel gegenüber der EU-Politik.

Für inhaltliche Fragen stehen in Frankfurt am Main zur Verfügung im Competence Center Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen:

Dr. Johannes Gernandt
Florian Schneider
Telefon +49 69 6603-1829
E-Mail johannes.gernandt@vdma.org

In der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik:
Dr. Ralph Wiechers
Florian Scholl
Telefon +49 69 6603-1374
E-Mail florian.scholl@vdma.org

Bildquelle

Titelbild: Shutterstock
Seite 3: HAWE Hydraulik SE

VDMA

Lyoner Straße 18

60528 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 6603-0

Internet www.vdma.org

www.x.com/VDMAonline

www.linkedin.com/company/vdma

VDMA Hauptstadtbüro

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

Telefon +49 30 306946-0

E-Mail berlin@vdma.org

Internet www.vdma.org/berlin

VDMA European Office

Boulevard A. Reyers 80

1030 Brüssel

Telefon +32 27 06 82 05

E-Mail european.office@vdma.org

Internet www.vdma.org/euro



www.vdma.org